



2022 Hauptwahl
Wahlbroschüre für Oregon auf
Deutsch

OREGON SOS

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler in Oregon,

haben Sie schon einmal bemerkt, dass das Wählen in Oregon einfach gut ist?

An vielen anderen Orten unseres Landes wird über stundenlanges Schlangestehen an der Wahlurne berichtet, über Wahlvorsteher, die einander wegen Wahlverfahren verklagen, und Politiker, die neue Barrieren errichten, um berechnigte Wähler an der Wahl zu hindern.

In Oregon haben wir derartige Probleme nicht. Zumindest nicht im selben Ausmaß wie anderswo. Der Unterschied ist, dass Demokratie zur Identität unseres Staats gehört. Genau wie Crater Lake, unsere schöne Küste, unsere guten Beziehungen mit indigenen Stämmen, unsere atemberaubenden Berge und das Round-Up in Pendleton gehört das Wählen einfach zu unserer Selbstdefinition. Wir waren einer der ersten Staaten, die ein Initiativen-Verfahren für Bürger ins Leben riefen und Frauen das Wahlrecht gaben. Wir waren führend im Land, was die Briefwahl und die automatische Wählerregistrierung angeht. Außerdem verzeichnen wir mit die höchste Wählerbeteiligung im Land. Oregonianer sind Wähler!

Unsere demokratiefreundliche Identität ist es wert, bewahrt zu werden. Dazu müssen die Wähler den Wahlverantwortlichen und dem Prozess vertrauen. Aus diesem Grund tue ich alles, was in meiner Macht steht, um Wählern vertrauenswürdige Informationen aus offiziellen Quellen zur Verfügung zu stellen und Falschinformationen, die im Internet verbreitet werden, zu begegnen.

**Nutzen Sie stets vertrauenswürdige Informationen aus offiziellen Quellen.
[Oregonvotes.gov](https://oregonvotes.gov) | [Facebook.com/OregonElections](https://facebook.com/OregonElections) | [Twitter.com/OregonElections](https://twitter.com/OregonElections)**

Das müssen Sie über die Hauptwahl am 8. November wissen:

- Registrieren Sie sich bis zum 18. Oktober als Wähler. Unter [Oregonvotes.gov](https://oregonvotes.gov) können Sie sich registrieren oder Ihre Registrierungsdaten überprüfen. Die Stimmzettel werden ab dem 19. Oktober per Post versendet. Wahltag ist der 8. November 2022.
- **Neues Gesetz! Stimmzettel mit Poststempel am Wahltag gelten als fristgerecht eingereicht.** 2021 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, nach dem Stimmzettel mit einem Poststempel bis 20:00 Uhr am Wahltag als rechtzeitig eingereicht gelten. Durch diese Verbesserung wird gewährleistet, dass jede Stimme, die bis 20:00 Uhr am Wahltag abgegeben wird, mitgezählt wird. Bei knappen Wahlausgängen kann dies auch dazu führen, dass das Ergebnis erst verspätet bekannt wird, da es einige Tage dauern wird, bis alle Stimmen gezählt sind. Denken Sie aber an Folgendes: Auch wenn Stimmzettel nach dem Wahltag per Post bei der Dienststelle des County Clerks eintreffen, **werden nur Stimmzettel gezählt, die bis 20:00 Uhr am Wahltag abgegeben wurden.**

- Unser Briefwahlsystem sieht Schutzmaßnahmen gegen Wahlbetrug vor. Entsprechend kommt es nur sehr selten zu Wahlbetrug. Zunächst einmal verwendet Oregon korrekte Wählerregistrierungslisten, die regelmäßig aktualisiert und aus denen veraltete Informationen regelmäßig entfernt werden. Zudem stellen wir eine praktische und moderne Methode zum papiergestützten Wählen zur Verfügung: Gedruckte Formulare können nicht gehackt werden! Beim Eingang von Stimmzetteln wird jede Unterschrift mit der Unterschrift in der Wählerregistrierungsdatenbank verglichen, um zu bestätigen, dass der Stimmzettel-Umschlag vom registrierten Wähler unterschrieben wurde. Nachdem alle Stimmen gezählt sind, werden die Ergebnisse auf ihre Richtigkeit überprüft. Mehr dazu erfahren Sie unter [Oregonvotes.gov/integrity](https://oregonvotes.gov/integrity).

Die Wahlverfahren in Oregon setzen den Maßstab für Sicherheit, Zugänglichkeit und Transparenz. Falschinformationen sind jedoch eine wahre Bedrohung für unsere Demokratie. Wir empfehlen Ihnen deshalb, sich immer nur aus vertrauenswürdigen Quellen zu informieren. Beginnen Sie mit [Oregonvotes.gov](https://oregonvotes.gov), Ihrer offiziellen Quelle für Wahlinformationen in Oregon.

Außerdem erhalten Sie vertrauenswürdige Informationen von Ihrem Bezirkswahlamt. Unter [Oregonvotes.gov/counties](https://oregonvotes.gov/counties) erfahren Sie Kontaktinformationen für alle 36 Bezirkswahlämter im Staat Oregon.

Mit freundlichen Grüßen



Shemia Fagan
Oregon Secretary of State

Für Fragen über:

- Registrierung als Wähler
- Aktualisierung Ihrer Wählerregistrierung
- Wahlen und Wählen
- Ausfüllen Ihres Stimmzettels
- Einreichen Ihres Stimmzettels
- Antrag auf Briefwahl in Abwesenheit
- Ersatzstimmzettel
- Unterschriftsvoraussetzungen

Kontaktieren Sie Ihr Bezirkswahlamt.

Vorzumerkende Daten

Dienstag, 18. Oktober

Letzter Tag, an dem Sie sich für diese Wahl als Wähler registrieren können.

Mittwoch, 19. Oktober

Erster Tag, an dem die Bezirke Stimmzettel versenden.

Dienstag, 8. November

Wahltag

Letzter Tag, an dem Sie Ihren Stimmzettel abgeben können.

Wenn Sie Ihren Stimmzettel per Post einsenden, muss der Poststempel auf spätestens 20:00 Uhr am Wahltag lauten.

Sie können Ihren Stimmzettel auch bis 20:00 Uhr am Wahltag bei einem offiziellen Einwurfkasten abgeben.

oregonvotes.gov/myvote

Verwenden Sie dieses Internet-Tool, um Ihren Registrierungsstatus zu überprüfen oder zu aktualisieren und um Ihren Stimmzettel zu verfolgen.

Wahlverbote

Es ist gesetzwidrig:

- den Stimmzettel-Rückumschlag einer anderen Person für sie zu unterzeichnen.
- bei einer Wahl mehrmals zu wählen oder einen betrügerischen Stimmzettel abzugeben.
- einen Stimmzettel abzugeben, wenn Sie dazu gesetzlich nicht berechtigt sind.
- einen anderen Wähler zu nötigen, unter Druck zu setzen oder ansonsten auf unangemessene Weise zu beeinflussen.
- Ihren Stimmzettel zu verkaufen oder zum Verkauf anzubieten oder den Stimmzettel eines anderen Wählers zu kaufen oder dafür ein Kaufangebot zu machen.
- den Eingang zu einem Gebäude zu blockieren, in dem sich eine Wahlkabine oder eine

- offizielle Stimmzettel-Abgabestelle befindet.
- den Stimmzettel einer anderen Person, eine ausgehängte Wahlmitteilung oder Wahlgeräte oder -zubehör zu verunstalten, zu entfernen, zu verändern oder zu vernichten.
- zu versuchen, ausgefüllte Stimmzettel in einem Umkreis von 100 Fuß (30 m) um eine offizielle Stimmzettel-Abgabestelle einzusammeln.
- eine Stimmzettel-Abgabestelle einzurichten, ohne ein Schild mit der Angabe „Not An Official Ballot Drop site“ (Keine offizielle Stimmzettel-Abgabestelle) auszuhängen.

Jegliche Verstöße gegen die angegebenen Wahlgesetze werden zivil- oder strafrechtlich geahndet.

Wenn Sie weitere Informationen über die Stimmabgabe in Oregon benötigen oder meinen, dass Ihre Rechte als Wähler verletzt wurden, gehen Sie zu

oregonvotes.gov

1 866 673 8683

se habla español

1 800 735 2900

für Hörbehinderte

Anzeige inoffizieller Wahlergebnisse

ab 20:00 Uhr am 8. November

Inoffizielle Ergebnisse werden im Verlauf der Wahlnacht und in den darauffolgenden Tagen veröffentlicht. Die endgültigen zertifizierten Ergebnisse stehen am 15. Dezember zur Verfügung.

results.oregonvotes.gov

Kennen Sie Ihre Rechte

Sicherheit an Abgabestellen

Als Wähler in Oregon haben Sie die folgenden Rechte:

- das Recht auf **Zugang zu offiziellen Wahlurnen und Wahlämtern** ohne Beeinträchtigung
- das Recht **geheimzuhalten, wie Sie gewählt haben**
- das Recht, **ohne Einschüchterung oder Drohungen zu wählen**

die Folgenden können eine **Einschüchterung von Wählern** darstellen:

- **aggressive oder belästigende Fragen** darüber, ob Sie wahlberechtigt sind, mit der Absicht, Ihr Wahlrecht zu behindern, Sie durch Angst dazu zu bewegen, Ihre Stimme auf eine bestimmte Weise abzugeben, oder Sie bei der Stimmabgabe einzuschüchtern, zum Beispiel durch Fragen über Ihre Staatsbürgerschaft, Vorstrafen, Ihren Wohnsitz, andere personenbezogene Informationen oder Fragen darüber, wie Sie wählen werden
- **falsche oder irreführende Aussagen oder Beschuldigungen** über Wahlbetrug oder damit verbundene strafrechtliche Konsequenzen, um Ihnen Angst zu machen und Sie dadurch am Wählen zu hindern
- **verbale oder körperliche Bedrohungen** – ob ausdrücklich oder stillschweigend – um Sie vom Wählen abzuhalten oder Sie zu zwingen, für einen bestimmten Kandidaten oder ein bestimmtes Measure zu stimmen
- **die absichtliche Behinderung oder Beeinträchtigung** Ihrer Fähigkeit zu wählen
- **gezielte Überwachung** bestimmter Wähler oder Wählergruppen, zum Beispiel die Verfolgung oder Beobachtung von Wählern, das Kopieren von Nummernschildern, die Aufnahme von Videos oder Fotos usw., mit der Absicht, diese Personen vom Wählen abzubringen oder sie daran zu hindern

Hier erhalten Sie korrekte Informationen über das Wählen und können Wählereinschüchterung melden

Telefon: 1 866-673-8683
se habla español

TTY 1 800 735-2900
für Hörbehinderte

Häufig gestellte Fragen

Wo kann ich wählen?

In Oregon gilt die allgemeine Briefwahl. Wahllokale gibt es in Oregon nicht. Sie können Ihren Stimmzettel an einem Ort Ihrer Wahl ausfüllen.

Wenn Sie bis **18. Oktober** als Wähler registriert sind, erhalten Sie Ihren Stimmzettel zwischen dem **19. Oktober** und dem **25. Oktober** per Post. Ihr Bezirkswahlamt sendet die Unterlagen an die Adresse, die in Ihrer Wählerregistrierung angegeben ist.

Wenn Sie Ihren Stimmzettel nicht bis zum **28. Oktober** erhalten haben, wenden Sie sich telefonisch an Ihr Bezirkswahlamt.

Was ist, wenn ich verzogen bin?

Stimmzettel können nicht nachgesendet werden. Um Ihren Stimmzettel zu erhalten, aktualisieren Sie die Angaben in Ihrer Wählerregistrierung unter oregonvotes.gov/myvote.

W

enn bis zum Wahltag noch weniger als 5 Tage verbleiben, rufen Sie Ihr Bezirkswahlamt an, um zu erfahren, wie Sie Ihren Stimmzettel erhalten.

Wie erhalte ich einen Stimmzettel im Voraus?

Sie können einen Stimmzettel zur Briefwahl in Abwesenheit beantragen, wenn Sie am Wahltag nicht zu Hause sind. Gehen Sie hierfür zu oregonvotes.gov/myvote.

Um einen Antrag auf Briefwahl in Abwesenheit zu stellen, geben Sie Ihre für die Wahl in Abwesenheit verwendete Postanschrift ein und geben Sie an, wie lange Sie sich dort aufhalten werden.

Was ist, wenn mein Hund meinen Stimmzettel frisst?

Wenn Ihr Stimmzettel verloren geht oder in irgendeiner Weise vernichtet oder beschädigt wird und Sie dadurch von der Stimmabgabe abgehalten werden, wenden Sie sich telefonisch an Ihr Bezirkswahlamt und bitten Sie um Ersatz.

Muss ich zu allem eine Stimme abgeben?

Ihr Stimmzettel wird auch dann gezählt, wenn Sie nicht zu jedem Amt oder zu jedem Measure (Gesetzesvorschlag) eine Stimme abgeben.

Kann ich meine Stimmabgabe im Nachhinein ändern?

Nachdem Sie Ihren Stimmzettel per Post eingesendet oder ihn abgegeben haben, können Sie Ihre Stimmabgabe nicht mehr ändern. Wenn Sie Ihren Stimmzettel noch haben, befolgen Sie die Anweisungen, die Sie im Wahlpaket erhalten haben.

Wie gebe ich meinen Stimmzettel ab?

Sie können Ihren Stimmzettel per Post einsenden. Hierzu müssen Sie den Umschlag nicht frankieren. Wenn Sie den Stimmzettel per Post senden, muss er einen Poststempel bis **20:00 Uhr** am **8. November** tragen.

Sie können Ihren Stimmzettel auch bei einem beliebigen Bezirkswahlamt oder einem offiziellen Einwurfkasten abgeben. Den nächsten Einwurfkasten und eine Karte mit einer Wegbeschreibung finden Sie unter oregonvotes.gov/dropbox oder erhalten Sie bei Ihrem Bezirkswahlamt.

Bezirkswahlämter sind am Wahltag von 7:00 bis 20:00 Uhr geöffnet.

Muss ich den Sichtschutzumschlag verwenden?

Wenn Sie einen Sichtschutzumschlag erhalten, sind Sie nicht verpflichtet, ihn zu verwenden.

Wenn Sie keinen Sichtschutzumschlag erhalten haben, ist Ihr Bezirk einer der vielen, die einen Stimmzettel-Rückumschlag mit zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen verwenden.

Muss ich den Stimmzettel-Rückumschlag unterzeichnen?

Ja, Ihre Stimme wird nur gezählt, wenn Sie unterschreiben. Ihre Unterschrift ist eine Sicherheitsmaßnahme, mit der Ihre Identität bestätigt wird. Nur Sie dürfen Ihren Stimmzettel-Rückumschlag unterschreiben. Vollmachten gelten nicht für die Stimmabgabe bei Wahlen.

Wenn Sie nicht namentlich unterschreiben können, wenden Sie sich an Ihr Bezirkswahlamt, um weitere Informationen zu erhalten.

Ihr Stimmzettel wird nur gezählt, wenn die Unterschrift auf dem Stimmzettel-Rückumschlag mit Unterschriften in Ihrem Wählerregistrierungseintrag übereinstimmt.

Wenn Ihre Unterschrift nicht übereinstimmt oder wenn Sie vergessen, den Umschlag zu unterschreiben, werden Sie vom Bezirk darüber benachrichtigt. Sie haben bis 21 Tage nach der Wahlzeit, um nachzuweisen, dass der Umschlag von Ihnen unterschrieben wurde.

Ist meine Stimmabgabe wirklich geheim, wenn mein Name auf dem Stimmzettel-Rückumschlag angegeben ist?

Ja. Nach der Überprüfung der Unterschrift wird Ihr Stimmzettel vom Stimmzettel-Rückumschlag getrennt, bevor er aufgefaltet und geprüft wird.

Wurde mein Stimmzettel gezählt?

Als registrierter Wähler können Sie den Status Ihres Stimmzettels auf dieser Website verfolgen: oregonvotes.gov/myvote.

Wann werden die Wahlergebnisse bekanntgegeben?

Erste Ergebnisse werden ab **20:00 Uhr am 8. November** bekanntgegeben und im Verlauf der Wahlnacht und in den darauffolgenden Tagen immer wieder aktualisiert.

Zwischen dem Wahlabend und dem Datum, an dem die Wahlergebnisse zertifiziert werden, werden sich die inoffiziellen Ergebnisse auf results.oregonvotes.gov ändern. Diese Änderungen sind darauf zurückzuführen, dass weitere Stimmzettel, die einen Poststempel bis 20:00 Uhr am Wahltag tragen, eingehen und gezählt werden.

Der endgültige Gewinner oder ein knapper Wahlausgang steht möglicherweise nicht fest, bis die Wahl zertifiziert und die offizielle Zusammenfassung der Wahl veröffentlicht wurde. Die endgültigen zertifizierten Ergebnisse stehen 37 Tage nach der Wahl zur Verfügung.

Brauche ich einen vorläufigen Stimmzettel?

Wenn Ihre Wahlberechtigung nicht festgestellt werden kann, erhalten Sie einen vorläufigen Stimmzettel.

Um einen vorläufigen Stimmzettel zu erhalten, gehen Sie persönlich zu Ihrem Bezirkswahlamt und füllen Sie einen Antrag auf einen vorläufigen Stimmzettel aus.

Ihr vorläufiger Stimmzettel wird nur gezählt, wenn festgestellt wird, dass Sie wahlberechtigt sind.

Wie reiche ich eine Beschwerde ein?

Wenn Sie meinen, dass es zu einem Verstoß gegen die Wahlgesetze in Oregon gekommen ist, und registrierter Wähler in Oregon sind, können Sie bei der Elections Division (Wahlabteilung) eine Untersuchung beantragen. Anonyme Meldungen werden nicht untersucht.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen oder eine Beschwerde zur Untersuchung durch die Elections Division einreichen möchten, gehen Sie zu oregonvotes.gov und dort zum Abschnitt „Get involved“ (Aktiv werden).

Wahlsicherheit

So gewährleisten wir, dass Ihre Stimme richtig gezählt wird

Wahlen sind in Oregon sicher. Wir wenden detaillierte Prozesse und Verfahren an, die ständig hinterfragt werden, um Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen und Ausweichpläne zu entwickeln, die gewährleisten, dass unsere Systeme und Ihre Stimmabgabe abgesichert sind.

Einige Sicherheitsmaßnahmen sind Ihnen vielleicht bekannt, andere nicht. Zum Beispiel wird die Unterschrift auf Ihrem Stimmzettel-Rückumschlag mit der Unterschrift Ihres Wählerregistrierungs-Eintrags verglichen und Ihre Stimme wird nur gezählt, wenn diese Unterschriften übereinstimmen. Eine weitere Sicherheitsvorkehrung ist, dass für Wahlen in Oregon nur gedruckte Stimmzettel verwendet werden dürfen.

Weitere Sicherheitsvorkehrungen, mit denen Sie vielleicht nicht gut vertraut sind, sind zum Beispiel die folgenden:

- Jedes Bezirkswahlamt reicht jährlich beim Secretary of State einen Sicherheitsplan ein, der genau erläutert, welche Mittel und Verfahren eingesetzt werden, um Wahlen im betreffenden Bezirk abzusichern.
- Es wird täglich eine Sicherungskopie der Datenbank mit den Wählerregistrierungen angefertigt, um zu gewährleisten, dass die korrekten Informationen vorhanden sind, falls es zu einem Zugriff in böswilliger Absicht kommt.
- Alle Wallanlagen (Maschinen und Programme), die zur Auszählung von Stimmzetteln in Oregon verwendet werden, werden von einem auf Bundesebene zugelassenen Wahlsystem-Testlabor zertifiziert, um zu gewährleisten, dass ein System sicher ist, bevor der Secretary of State seine Verwendung genehmigt.
- Das Department of Homeland Security (Heimatschutzministerium) hat in jedem der 36 Bezirkswahlämter in Oregon physische Kontrollen und eine Beurteilung möglicher Cyber-Bedrohungen durchgeführt.
- In jedem der 36 Bezirkswahlämter in Oregon werden Stimmzettel in sicheren Räumen ausgezählt. Das Geschehen wird von Überwachungskameras rund um die Uhr aufgezeichnet. Wahlsysteme sind nicht mit dem Internet verbunden.
- Das Oregon TIGER-Team (TIGER = Threat Information Gathering and Election Resources, Informationserhebung über Bedrohungen und Wahlressourcen) identifiziert Bedrohungen und Schwachstellen des Wahlsystems in Oregon und nutzt Ressourcen der Bundesregierung sowie von bundesstaatlichen und Kommunalregierungen, um diesen Bedrohungen und Schwachstellen zu begegnen. Das TIGER Team besteht aus den Folgenden: Oregon Elections

Division, US Cybersecurity and Infrastructure Security Agency, Oregon Emergency Management, Oregon Chief Information Officer- Cyber Security Services, Oregon National Guard, Oregon Titan Fusion Center, US Postal Service Inspector General's Office und dem FBI.

- Bevor Stimmzettel ausgezählt werden, werden die Wahlsysteme auf Bezirksebene auf ihre Logik und Richtigkeit überprüft. Dabei werden Teststimmzettel ausgefüllt und von Stimmauszählungsmaschinen verarbeitet, um zu gewährleisten, dass die von den Wahlgeräten ausgegebenen Ergebnisse den ausgefüllten Stimmzetteln entsprechen. Dieses Verfahren wird nach Abschluss der Wahl wiederholt, um zu bestätigen, dass es nicht zu Programmierungsänderungen gekommen ist.

Das US Department of Homeland Security und das FBI haben bestätigt, dass weder in Oregon noch sonst irgendwo in den USA Stimmauszählungssysteme gehackt wurden. Sie können sicher sein, dass Ihr Stimmzettel so gezählt wird, wie Sie ihn ausgefüllt haben, und dass der Stimmzettel im Verlauf des Wahlprozesses niemals manipuliert wird. Die Stimmabgabe in Oregon war noch nie sicherer oder akkurater.

Behinderte Wähler

Weitere Informationen über barrierefreies Wählen erhalten Sie [bei Ihrem County Elections Office \(Wahlamt Ihres Wahlbezirks\)](#).

Welche Möglichkeiten gibt es zur Teilnahme an der Wahl?

- **HTML-Stimmzettel**
Diesen Stimmzettel füllen Sie auf einem Computer mithilfe von Unterstützungstechnologie aus. Danach drucken Sie ihn aus und senden ihn ein. Alternativ können Sie auch die behindertengerechten Tablets oder Computerstationen verwenden, die in jedem County Elections Office (Bezirkswahlamt) vorhanden sind.
- **Stimmzettel mit Großdruck**
- **Bitten Sie um Hilfe**

Wer kann mir beim Ausfüllen meines Stimmzettels helfen?

- **Beliebige Personen, außer Ihrem Arbeitgeber oder Ihrer Gewerkschaft**
Sie können sich von Freunden, Angehörigen oder anderen Vertrauensperson helfen lassen. Nach den Gesetzen in Oregon dürfen Sie keine Hilfe von Ihrem Arbeitgeber oder Ihrer Gewerkschaft erhalten.
- **Das County Voting Assistance Team (Wahlhilfeteam des Bezirks)**
Sie brauchen aber nicht eine Person zu fragen, die Sie kennen. Es stehen Ihnen Wahlhilfeteams des Bezirks zur Verfügung, die Ihnen helfen können, Ihren Stimmzettel diskret und unabhängig auszufüllen.

Was ist, wenn ich den Stimmzettel-Rückumschlag nicht unterzeichnen kann?

- **Sie können einen Unterschriftenstempel oder eine andere Unterschriftsangabe verwenden.**
Bevor Sie zur Unterzeichnung des Stimmzettelumschlags einen Stempel oder ein Zeichen verwenden, müssen Sie ein Unterschriftenstempel -Bezeugungsformular und eine Wählerregistrierungskarte ausfüllen.

Welche anderen behindertengerechten Ressourcen stehen zur Verfügung?

- **Wählerbroschüre für Oregon**
Diese ist unter oregonvotes.gov in digitalem Audioformat oder in einer barrierefreien Textversion erhältlich.
- **Leitfaden zum einfachen Wählen**
Zum Ausdruck erhältlich oder per HTML zugänglich unter easyvotingguide.org.

Sie haben das Recht zu wählen!

Wenn Sie Staatsbürger der USA, in Oregon wohnhaft, mindestens 18 Jahre alt und registrierter Wähler sind,

- **haben Sie das Recht** zu wählen, selbst wenn Sie obdachlos sind.
- **haben Sie das Recht** zu wählen, selbst wenn Sie wegen einer Straftat verurteilt aber aus der Haft entlassen wurden, auch wenn Sie auf Bewährung sind oder bedingt entlassen.
- **haben Sie das Recht** zu wählen, selbst wenn Sie einen Vormund haben und Hilfe beim Lesen oder Ausfüllen Ihres Stimmzettels benötigen.
- **haben Sie das Recht** zu wählen oder Ihre Stimme abzugeben, wenn Sie sich bis 20:00 Uhr am Wahltag in die Schlange gestellt haben.
- **haben Sie das Recht** zu wissen, ob Sie als Wähler angemeldet sind.
- **haben Sie das Recht** sich zu entscheiden, ob Sie sich als Mitglied einer politischen Partei registrieren möchten.
- **haben Sie das Recht**, einen Unterschriftenstempel oder ein anderes Zeichen zur Unterschrift zu verwenden, Sie müssen jedoch zuerst ein Formular ausfüllen. Niemand darf für Sie unterschreiben.
- **haben Sie das Recht**, um Hilfe von Wahlmitarbeitern, einem Freund oder Angehörigen zu bitten. Es gibt einige Personen, die Ihnen bei der Wahl nicht helfen dürfen, zum Beispiel Ihr Vorgesetzter oder ein Gewerkschaftsvertreter an Ihrem Arbeitsplatz.
- **haben Sie das Recht** zur geheimen Wahl. Sie müssen niemandem sagen, wie Sie gewählt haben.
- **haben Sie das Recht**, einen „vorläufigen Stimmzettel“ zu erhalten, selbst wenn Ihnen gesagt wird, dass Sie nicht als Wähler registriert sind.
- **haben Sie das Recht**, einen neuen Stimmzettel zu erhalten, wenn Sie einen Fehler gemacht haben.
- **haben Sie das Recht**, für die Person Ihrer Wahl zu stimmen. Wenn Ihnen die Kandidaten auf Ihrem Stimmzettel nicht zusagen, können Sie den Namen einer anderen Person eintragen.
- **haben Sie das Recht**, bei beliebigen Belangen auf Ihrem Stimmzettel mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen.
- **haben Sie das Recht**, auf ihrem Stimmzettel einige Entscheidungen leer zu lassen. Die Entscheidungen, zu denen Sie eine Stimme abgegeben haben, werden trotzdem gezählt.
- **haben Sie das Recht**, für alle Bundeswahlen ein Wahlsystem zu verwenden, das es für behinderte Personen gleichermaßen möglich macht, geheim und unabhängig zu wählen.
- **haben Sie das Recht** zu wissen, ob Ihr Stimmzettel, darunter auch ein „vorläufiger Stimmzettel“ zur Stimmzählung angenommen wurde.
- **haben Sie das Recht**, eine Beschwerde einzureichen, wenn Sie meinen, dass Ihnen Ihre Rechte als Wähler vorenthalten wurden.

Weitere Informationen:

1 866 673 8683

se habla español

TTY 1 800 735 2900
für Hörbehinderte

(Verfassung von Oregon, Section 2 und 3; ORS Chapters 137, 246, 247 und 254; Vote By Mail Manual (Briefwahlhandbuch); Help America Vote Act von 2002; OAR 165-001-0090 und 165-007-0030)

Informationen über Parteien und Kandidaten

Erklärungen politischer Parteien

Bei der Hauptwahl können bundesstaatsweite politische Parteien eine Erklärung zur Aufnahme in die Wahlbroschüre mit Argumenten für den Erfolg ihrer Grundsätze und die Wahl ihrer Kandidaten einreichen. Die Erklärung kann auch gegen die Grundsätze und Kandidaten der anderen politischen Parteien und Organisationen argumentieren. Falls Erklärungen eingereicht werden, erscheinen sie in alphabetischer Reihenfolge.

Die folgenden politischen Parteien haben für die **Hauptwahl 2022** keine Erklärung eingereicht:

- Libertarian Party of Oregon
- Working Families Party of Oregon

Kandidaten

Nach dem Gesetz von Oregon (ORS 254.155) ist der Secretary of State verpflichtet, das Alphabet in zufälliger Reihenfolge anzuordnen, um die Reihenfolge zu bestimmen, in der die Namen der Kandidaten auf dem Stimmzettel erscheinen.

Das Alphabet für die **Hauptwahl 2022** lautet wie folgt:

Y, F, O, G, Z, C, M, V, R, K, S, P, Q, E, B, W, N, A, U, I, X, J, L, T, H, D

Die Erklärungen der Kandidaten in dieser Broschüre sind nach Art des Amtes und Position gegliedert und dann in derselben zufälligen Reihenfolge angeordnet, in der die Namen der Kandidaten auf dem Stimmzettel erscheinen werden.

Die Erklärungen sind wie folgt angeordnet:

- Parteikandidaten nach Position in der Reihenfolge auf dem Stimmzettel
- Nichtparteiische Kandidaten nach Position in der Reihenfolge auf dem Stimmzettel

Die Kandidaten zahlen eine Gebühr oder reichen anstelle der Gebühr Unterschriften ein, um in die Wahlbroschüre aufgenommen zu werden. Jeder Kandidat hat bestätigt, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen, die sich auf den Beruf, den beruflichen Werdegang, die Ausbildung und die Erfahrung der Kandidaten in Regierungsämtern beziehen, der Wahrheit entsprechen.

Measures (Gesetzesvorschläge)

Measures sind vorgeschlagene Änderungen an der Verfassung oder den bundesstaatlichen Gesetzen von Oregon. Für das Measure in dieser Wahlbroschüre sind die folgenden Informationen angegeben:

1. der Name der Initiative
2. die geschätzten finanziellen Auswirkungen
3. der vollständige Text des vorgeschlagenen Measures
4. die erläuternde Erklärung
5. Argumente, die von Befürwortern und Gegnern des Measures eingereicht wurden

Name der Initiative

Der Name der Initiative wird vom Justizministerium verfasst und zur öffentlichen Kommentierung an die interessierten Parteien weitergegeben. Nach einer Überprüfung der eingegangenen Kommentare wird der Name der Initiative vom Justizministerium zertifiziert. Gegen diesen zertifizierten Namen kann

Einspruch eingelegt werden und er kann vom Oregon Supreme Court (Obersten Gerichtshof) geändert werden.

Geschätzte finanzielle Auswirkungen

Die geschätzte finanzielle Auswirkung jedes Measures wird von einem Komitee ermittelt, das sich aus Amtsträgern des Bundesstaats zusammensetzt, darunter der Secretary of State, State Treasurer, Direktor des Department of Administrative Services, Direktor des Department of Revenue sowie einem örtlichen Regierungsvertreter, der von den Mitgliedern des Komitee ausgewählt wurde. Ausgehend von Informationen, die von den Staatsministerien zur Verfügung gestellt wurden, und Kommentaren aus einem öffentlichen Anhörungsprozess schätzt das Komitee nur die direkten Auswirkungen auf die bundesstaatliche Regierung sowie die kommunalen Regierungen. Die Schätzung setzt voraus, dass das Measure wie angegeben umgesetzt wird, und gibt die jährlichen Kosten als Bereich an, wenn dieser korrekt berechnet werden kann.

Das Komitee konsultiert auch das Legislative Revenue Office, um festzustellen, ob das Measure möglicherweise eine Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft des Bundesstaats hat, falls eine geeignete Analyse vorhanden ist. Falls das Komitee dies für notwendig erachtet, kann es eine weitere Erklärung der Schätzung in Form einer zweiten Erklärung hinzufügen. Die vom Komitee verwendeten Verfahren, nicht aber der Inhalt der Erklärung, kann vor dem Oregon Supreme Court angefochten werden.

Vollständiger Text des Measures

Hier sehen Sie die tatsächlichen Änderungen, die ein Measure an der Staatsverfassung von Oregon oder bundesstaatlichen Gesetzen vornehmen würde.

Erläuternde Erklärung

Die erläuternde Erklärung ist eine unparteiische Erklärung, in der das Measure erläutert wird. Erläuternde Erklärungen werden von einem Komitee mit fünf Mitgliedern verfasst, darunter zwei Befürworter des Measures, zwei Gegner des Measures und ein fünftes Mitglied, das von den ersten vier Komiteemitgliedern ernannt wird, oder, falls sie sich nicht auf ein fünftes Mitglied eignen können, vom Secretary of State ernannt wird. Gegen erläuternde Erklärungen kann Einspruch eingelegt werden und sie können vom Oregon Supreme Court (Obersten Gerichtshof) geändert werden.

Argumente zum Measure

Jede Person oder Organisation kann Argumente für oder gegen ein zur Wahl gestelltes Measure einreichen, indem sie 1.200 \$ bezahlt oder ein Volksbegehren einreicht, das von 500 Wählern unterschrieben wurde. Argumente für ein Measure erscheinen zu Anfang, gefolgt von Argumenten gegen das Measure, und die Argumente werden innerhalb jeder Kategorie in zufälliger Reihenfolge gedruckt.

Rechtlicher Hinweis

Die in Erklärungen oder Argumenten von Kandidaten, politischen Parteien, Versammlungen von Wählern oder von Befürwortern oder Gegnern eines Measures enthaltenen Informationen wurden vom Staat Oregon nicht auf ihre Richtigkeit geprüft.

Informationen zur Wählerregistrierung

Wer kann sich als Wähler registrieren?

Zur Registrierung müssen Sie:

- US-Staatsbürger sein
- Einwohner von Oregon sein
- mindestens 16 Jahre alt sein

Wenn Sie weniger als 18 Jahre alt sind, erhalten Sie erst dann einen Stimmzettel, wenn eine Wahl am oder nach Ihrem 18. Geburtstag stattfindet.

Wie registriere ich mich als Wähler?

Registrierung als Wähler

- Online unter oregonvotes.gov/register
- Durch Einsendung Ihrer ausgefüllten Registrierungskarte an Ihr Bezirkswahlamt
- Durch persönliches Ausfüllen einer Registrierungskarte bei einem beliebigen Bezirkswahlamt, dem Secretary of State's Office (Innenministerium) und bestimmten bundesstaatlichen Behörden, zum Beispiel dem DMV.

Muss ich meine Registrierung aktualisieren?

Aktualisieren Sie Ihre Registrierung, wenn Sie umziehen, Ihren Namen, Ihre Unterschrift oder Ihre Postanschrift ändern oder wenn Sie Ihre politische Partei ändern oder eine politische Partei auswählen möchten.

Sie können die neuen Informationen online unter oregonvotes.gov/myvote eingeben oder eine Wählerregistrierungskarte ausfüllen und sie bei Ihrem Bezirkswahlamt einreichen.

Muss ich mich auseisen?

Sie müssen Ihren gültigen, von Oregon ausgestellten Führerschein, Lernfahrausweis oder Personalausweis vorlegen.

Wenn Sie kein gültiges Ausweisdokument für Oregon haben, geben Sie die letzten vier Ziffern Ihrer Social Security Number (Sozialversicherungsnummer) an.

Wenn Sie kein gültiges Ausweisdokument für Oregon und keine Sozialversicherungsnummer haben, finden Sie eine Liste akzeptabler alternativer Ausweisdokumente online unter oregonvotes.gov.

Was ist der letzte Registrierungstermin?

Um an der Hauptwahl am **8. November 2022** teilzunehmen, muss Ihre ausgefüllte Registrierungskarte:

- einen Poststempel bis Dienstag, den **18. Oktober** tragen oder
- bis Dienstag, den **18. Oktober** bei einem Bezirkswahlamt oder einer Behörde, die Wähler registrieren kann, (zum Beispiel dem DMV) abgegeben werden.

Wenn Sie sich im Internet als Wähler registrieren, muss Ihre Registrierung bis 23:59 Uhr am **18. Oktober** eingehen.

Muss ich bei der Registrierung eine politische Partei angeben, um wählen zu dürfen?

Nein, das müssen Sie nicht. Der Stimmzettel, den Sie für die Vorwahl erhalten, beinhaltet jedoch nur nicht parteigebundene Ämter und Measures. Auf Ihrem Stimmzettel für die Hauptwahl erscheinen alle Ämter.

Address Confidentiality Program (Programm zur Geheimhaltung von Adressen)

Teilnehmer am Address Confidentiality Program (ACP) erhalten eine rechtmäßige Ersatzadresse und einen Service zur Weiterleitung von Post. Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt, Stalking oder Menschenhandel erhalten eine Ersatzadresse, die sie in öffentlich verfügbaren Daten anstelle ihrer tatsächlichen Adresse verwenden können.

Personen, die selbst gefährdet sind oder deren Familie gefährdet sein könnte, wenn ihre Privatadresse in öffentlichen Daten einsehbar ist, können sich unter Anwendung bestimmter Geheimhaltungsmaßnahmen als Wähler registrieren, indem sie sich beim Address Confidentiality Program (ACP) anmelden.

Um sich beim Address Confidentiality Program anzumelden, müssen Sie mit einer Opfervertretung arbeiten, die vom Justizministerium als Application Assistant (Antragshelfer) designiert wurde. Wenn Sie weitere Informationen benötigen oder einen Application Assistant in Ihrer Nähe suchen, rufen Sie an unter **888-559-9090** oder besuchen Sie doj.state.or.us/crime-victims/victims-resources/victims-services/address-confidentiality-program-acp/.

Die Teilnahme am ACP alleine kann Ihre Sicherheit nicht gewährleisten. Die Mitarbeiter des ACP bieten keine Gefahrenabschätzung oder Sicherheitsplanung an und sind nicht berechtigt, Sie rechtlich zu beraten.

**US-Senator, U.S. Representative, Gouverneur,
Commissioner (Kommissar) des Bureau of Labor and
Industry, Richter am Court of Appeals
(Berufungsgericht), Senator beim Bundesstaat,
Repräsentant beim Bundesstaat, Richter am Circuit
Court (Gericht erster Instanz)**

Um weitere Erklärungen von Kandidaten für diese Ämter zu lesen, gehen
Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#).

Measure 111

Ändert die Verfassung: Der Staat muss den Zugang zu einer bezahlbaren gesundheitlichen Versorgung gewährleisten, abgewogen gegen die Verpflichtung zur Finanzierung von Schulen und anderen wesentlichen Leistungen

Ergebnis einer Abstimmung mit „Ja“: Bei „Ja“ muss der Staat den Zugang zu einer bezahlbaren gesundheitlichen Versorgung gewährleisten. Der Staat muss die Finanzierung für Gesundheitsleistungen mit der Finanzierung von Schulen und anderen wesentlichen Leistungen abwägen; die Gerichte müssen diese Balance respektieren.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Nein“: Bei „Nein“ gelten die derzeitigen Gesetze weiter. Die Verfassung verlangt nicht, dass der Staat den Zugang zu einer bezahlbaren gesundheitlichen Versorgung gewährleistet; der Staat sorgt für ein gewisses Maß an Zugang zu Gesundheitsleistungen.

Zusammenfassung: Ändert die Verfassung. Zurzeit umreißen die bundesstaatlichen Gesetze allgemeine Anforderungen für die Krankenversicherung und stellen eine gesundheitliche Versorgung für behinderte Einwohner und Einwohner mit geringem Einkommen, die die entsprechenden Anforderungen erfüllen, zur Verfügung. Ändert die Verfassung des Staates Oregon dahingehend ab, dass die gesundheitliche Versorgung als Grundrecht definiert wird; verpflichtet den Staat zur Bereitstellung von „Zugang zu einer kosteneffektiven, klinisch angemessenen und bezahlbaren gesundheitlichen Versorgung“ für Einwohner Oregons. Die Änderung schreibt vor, dass der Staat diese Pflicht gegen das öffentliche Interesse bei der Finanzierung öffentlicher Schulen und anderer wesentlicher öffentlicher Leistungen abzuwägen hat. Wenn gegen den Staat ein Verfahren zur Durchsetzung der Änderungen eingeleitet wird, darf das Gericht keine Abhilfe anordnen, die in die Pflicht des Staates zur Abwägung der Finanzierung einer gesundheitlichen Versorgung gegen die Finanzierung von öffentlichen Schulen und anderen wesentlichen öffentlichen Leistungen eingreift.

Measure 111

Erläuternde Erklärung

Ballot Measure 111 ändert die Verfassung des Staats Oregon dahingehend, dass der Staat verpflichtet ist zu gewährleisten, dass alle Einwohner Oregons ein Grundrecht auf Zugang zu einer kosteneffektiven, klinisch angemessenen und bezahlbaren gesundheitlichen Versorgung haben.

Der Staat muss diese Verpflichtung mit anderen Verpflichtungen zur Finanzierung öffentlicher Schulen und anderer wesentlicher öffentlicher Leistungen abwägen.

Durch dieses Measure entsteht zwar eine neue, in der Verfassung begründete Pflicht des Staats, sie legt jedoch nicht fest, was der Staat tun muss, um diese Pflicht zu erfüllen, oder was eine Erfüllung darstellt, und sie gibt keine konkreten Maßnahmen an, die der Staat ergreifen muss, falls dieses Measure zum Gesetz wird.

Wenn ein Gerichtsverfahren zur Durchsetzung des Measures gegen den Staat eingeleitet wird, kann das Gericht nicht in die Art und Weise eingreifen, in der der Staat seine Verpflichtung zur Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung gegen das öffentliche Interesse an der Finanzierung öffentlicher Schulen und anderer wesentlicher öffentlicher Leistungen abwägt.

Rep. Barbara Smith Warner
Rep. Kim Wallan
Sen. Tim Knopp*
Sen. Rob Wagner
Richard Devlin

*Mitglied stimmte dagegen

Measure 111

Geschätzte finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen des Staats und der Kommunen ist nicht bestimmt. Das Measure erfordert keine zusätzlichen Einnahmen oder Ausgaben der bundesstaatlichen Regierung. Die Auswirkung des Measures hängt von zukünftigen legislativen Maßnahmen ab, um zusätzliche Gesundheitsleistungen anzubieten und zu bestimmen, wie diese bezahlen sind.

Shemia Fagan, Secretary of State

Tobias Read, State Treasurer

Katy Coba, Director, Department of Administrative Services

Betsy Imholt, Director, Department of Revenue

Tim Collier, Abgeordneter von Stadt, County (Bezirk) oder Distrikt

Argumente für Ballot Measure 111

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#)

Argumente gegen Ballot Measure 111

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#).

Measure 112

Ändert die Verfassung: Entfernt Formulierungen, die Sklaverei und Zwangsarbeit zur Bestrafung von Straftaten zulassen

Ergebnis einer Abstimmung mit „Ja“: Bei einer Abstimmung mit „Ja“ werden Formulierungen, die Sklaverei und Zwangsarbeit zur Bestrafung von Straftaten zulassen, entfernt; die Anordnungen von Programmen im Rahmen einer Verurteilung ist zulässig.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Nein“: Bei einer Abstimmung mit „Nein“ bleiben die derzeitigen Formulierungen, die Sklaverei und Zwangsarbeit generell untersagen, sie jedoch als Strafe für eine Straftat gestatten, unverändert.

Zusammenfassung: Ändert die Verfassung. Article I, Section 34 der Verfassung von Oregon untersagt zurzeit Sklaverei und Zwangsarbeit, sieht jedoch eine Ausnahme zu diesem Verbot zur Bestrafung von Straftaten vor. Das Measure entfernt Formulierungen, die Sklaverei und Zwangsarbeit zur Bestrafung von Straftaten zulassen. Nach dem Measure ist es Gerichten, Bewährungsbehörden oder Behörden, die für bedingte Entlassungen zuständig sind, gestattet, Personen, die wegen einer Straftat verurteilt wurden, im Rahmen einer Verurteilung wegen der Straftat die Teilnahme an Bildungs- oder Therapiemaßnahmen, Behandlungen, Gemeindedienst oder andere Haftalternativen aufzuerlegen. Die auferlegten Programme müssen den Programmen entsprechen, die in der Vergangenheit für Rechenschaft, Reform, Schutz der Gesellschaft oder Rehabilitation eingesetzt wurden oder in Zukunft eingesetzt werden. Die Auswirkungen auf derzeitige verfassungsrechtliche Bestimmungen, die Arbeitsprogramme für Häftlinge vorschreiben, ist unklar.

Measure 112

Erläuternde Erklärung

Ballot Measure 112 ändert die Verfassung des Staats Oregon dahingehend, dass die Ausnahme zum Verbot von Sklaverei und Zwangsarbeit zur Bestrafung einer Straftat entfällt.

Zurzeit untersagt die Verfassung des Staats Oregon Sklaverei und Zwangsarbeit, gestattet Sklaverei und Zwangsarbeit jedoch als Strafe für eine Straftat. Ballot Measure 112 entfernt sämtliche Formulierungen, die eine Ausnahme begründen, und hebt Einschränkungen des Verbots von Sklaverei und Zwangsarbeit auf.

Ballot Measure 112 (Section 34, Subsection 2) soll in Verbindung mit Section 41 der Verfassung des Staats Oregon wirken, in der Arbeitsanforderungen für in Haft befindliche Erwachsene festgelegt werden, und beabsichtigt nicht die Aufhebung dieses Artikels.

Ballot Measure 112 erlaubt es Gerichten, Bewährungsbehörden oder Behörden, die für bedingte Entlassungen zuständig sind, Personen, die wegen einer Straftat verurteilt wurden, im Rahmen einer Verurteilung wegen der Straftat die Teilnahme an Bildungs- oder Therapiemaßnahmen, Behandlungen, Gemeindedienst oder andere Haftalternativen aufzuerlegen. Die angeordneten Bildungs- oder Therapiemaßnahmen, Behandlungen, der Gemeindedienst oder andere Haftalternativen müssen den Programmen entsprechen, die in der Vergangenheit für Rechenschaft, Reform, Schutz der Gesellschaft oder Rehabilitation eingesetzt wurden oder in Zukunft eingesetzt werden.

David Wall
Rep. Barbara Smith Warner
Sen. Brian Boquist
Sen. Rob Wagner
Margaret Carter**

**Mitglied war abwesend

Measure 112

Geschätzte finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen des Staats und der Kommunen ist nicht bestimmt. Das Measure entfernt Formulierungen, die Sklaverei und Zwangsarbeit zur Bestrafung von Straftaten zu lassen. Das Measure erfordert keine zusätzlichen Einnahmen oder Ausgaben der bundesstaatlichen Regierung, die Auswirkung des Measures hängt jedoch von möglichen Rechtsverfahren oder Änderungen an Arbeitsprogrammen für Häftlinge ab.

Shemia Fagan, Secretary of State

Tobias Read, State Treasurer

Katy Coba, Director, Department of Administrative Services

Betsy Imholt, Director, Department of Revenue

Tim Collier, Abgeordneter von Stadt, County (Bezirk) oder Distrikt

Argumente für Ballot Measure 112

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#)

Argumente gegen Ballot Measure 112

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#).

Measure 113

Ändert die Verfassung: Abgeordnete mit zehn unentschuldigtem Abwesenheiten von Legislatorsitzungen sind von einer nachfolgenden Amtszeit ausgeschlossen

Ergebnis einer Abstimmung mit „Ja“: Bei einer Abstimmung mit „Ja“ werden Abgeordnete mit zehn unentschuldigtem Abwesenheiten von Legislatorsitzungen für die Amtszeit, die auf die derzeitige Amtszeit folgt, von Ämtern als Abgeordnete ausgeschlossen.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Nein“: Bei einer Abstimmung mit „Nein“ gelten die bestehenden Gesetze weiter. Abwesende Abgeordnete können von der Legislaturkammer bestraft (möglicherweise durch eine qualifizierte Mehrheit ausgeschlossen) werden; anwesende Abgeordnete sind gesetzlich befugt, die Anwesenheit zu erzwingen.

Zusammenfassung: Ändert die Verfassung von Oregon, indem Formulierungen hinzugefügt werden, die Konsequenzen für unentschuldigte Abwesenheiten von Abgeordneten bei Legislatorsitzungen vorschreiben. Zurzeit können Senatoren und Repräsentanten „bestraft“ oder durch Zustimmung von zwei Dritteln des Senats oder des Repräsentantenhauses wegen „ungebührlichen Benehmens“ „ausgeschlossen“ werden, das Gesetz definiert jedoch nicht, was ein „ungebührliches Benehmen“ darstellt. Darüber hinaus können abwesende Abgeordnete „gezwungen“ werden, an Legislatorsitzungen teilzunehmen, zurzeit schreibt das Gesetz jedoch keine Konsequenzen für unentschuldigte Abwesenheiten vor. Das Measure besagt, dass es als „ungebührliches Benehmen“ gilt, wenn ein Abgeordneter während einer regulären oder besonderen Legislatorsitzungsperiode ohne Genehmigung oder Entschuldigung mindestens zehn Legislatorsitzungen fernbleibt. Dem Measure zufolge darf ein Abgeordneter, der sich durch unentschuldigte Abwesenheiten eines „ungebührlichen Benehmens“ schuldig macht, für die Amtszeit, die auf das Ende der derzeitigen Amtszeit des Abgeordneten folgt, kein Amt als Senator oder Repräsentant bekleiden.

Measure 113

Erläuternde Erklärung

Ballot Measure 113 ändert die Verfassung des Staats Oregon dahingehend, dass Staatssenatoren oder -repräsentanten, die während einer Legislatorsitzungsperiode bei mindestens zehn Legislatorsitzungen unentschuldigt abwesend sind, eine Amtszeit lang kein bundesstaatliches legislative Amt bekleiden dürfen. Im Sinne des Measures stellt unentschuldigte Abwesenheit ein ungebührliches Benehmen dar, das den Abgeordneten nach Ende der derzeitigen Amtszeit des Abgeordneten von der Bekleidung von Ämtern ausschließt. Ein Kandidat kann bei der nächsten Vorwahl und bei Hauptwahlen kandidieren und gewinnen, kann jedoch nach diesem Measure aufgrund von mindestens zehn unentschuldigtem Abwesenheiten kein Amt bekleiden.

Die Verfassung von Oregon schreibt zurzeit vor, dass zwei Drittel aller Mitglieder des Senats oder des Repräsentantenhauses anwesend sein müssen, damit der Senat oder das Repräsentantenhaus während einer Legislatorsitzung legislative Arbeit verrichten können. Der Begriff „Legislatorsitzung“ wird verwendet, wenn sich der volle Senat oder das volle Repräsentantenhaus trifft, um legislative Arbeit zu verrichten, darunter die Debattierung von und Abstimmung über Gesetzesentwürfe. Komiteesitzungen und Anhörungen gelten nicht als „Legislatorsitzung“. Wenn weniger als zwei Drittel der Mitglieder des Senats oder des Repräsentantenhauses anwesend sind, kann der Senat oder das Repräsentantenhaus keine legislative Arbeit verrichten. Gewählte Mitglieder der beiden großen politischen Parteien waren mitunter aus unterschiedlichen Gründen unentschuldigt abwesend, darunter auch, um zu verhindern, dass die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Mindestschwelle von zwei Dritteln erreicht wurde.

Zurzeit sieht die Verfassung keine automatischen Konsequenzen vor, wenn ein Abgeordneter unentschuldigt einer Legislatorsitzung fernbleibt, berechtigt jedoch befugte Mitglieder des Senats oder des Repräsentantenhauses, die bei einer geplanten Legislatorsitzung anwesend sind, die Teilnahme der abwesenden Mitglieder zu erzwingen. Außerdem gibt die Verfassung dem Senat und dem Repräsentantenhaus das Recht, gegen ein Mitglied der betreffenden Legislatorkammer wegen ungebührlichen Benehmens Disziplinarmaßnahmen zu verhängen, darunter auch die Möglichkeit zum Ausschluss eines Mitglieds durch eine Abstimmung, bei der eine Zweidrittelmehrheit für den Ausschluss stimmt. Zurzeit überlässt es die Verfassung der jeweiligen Kammer zu bestimmen, ob das Verhalten eines Mitglieds der betreffenden Kammer ein ungebührliches Benehmen darstellt. Dieses Measure definiert, dass ein unentschuldigtes Fehlen bei mindestens zehn Legislatorsitzungen ein ungebührliches Benehmen darstellt.

Die legislativen Regeln, die für Abwesenheiten gelten, werden mindestens einmal jährlich durch Abstimmung in beiden Kammern festgelegt und diese Regeln können „unentschuldigte“ Abwesenheit definieren und das Verfahren vorgeben, mit dem ermittelt wird, ob eine Abwesenheit entschuldigt oder unentschuldigt ist. Zurzeit gibt es in den legislativen Regeln von Oregon keine formale Definition oder Eingrenzung, die festlegt, was eine „unentschuldigte“ Abwesenheit ist. Das Verfahren für die

Entschuldigung einer Abwesenheit beginnt mit dem Ausfüllen von Dokumenten zur Erklärung der Abwesenheit bei den Mitarbeitern der Kammer, wobei der Senatsvorsitzende oder Sprecher des Repräsentantenhauses, der durch Abstimmung der betreffenden Kammer gewählt wurde, eine Feststellung zu treffen hat. In der Vergangenheit gab es starke Abweichungen bei dieser Feststellung.

Zurzeit gibt es kein Einspruchsrecht gegen diese Feststellungen und keine Verpflichtung seitens des Senatsvorsitzenden oder Sprechers des Repräsentantenhauses, die Entscheidung, die Abwesenheit eines Abgeordneten als unentschuldigt zu befinden, offiziell zu erklären.

Joe Baessler

Bruce Gilley

Tan Perkins

Sen. Dennis Linthicum

Lynn Nakamoto

Measure 113

Geschätzte finanzielle Auswirkungen

Das Measure hat keine finanzielle Auswirkung auf die Ausgaben oder Einnahmen der bundesstaatlichen oder kommunalen Regierungen.

Shemia Fagan, Secretary of State

Tobias Read, State Treasurer

Katy Coba, Director, Department of Administrative Services

Betsy Imholt, Director, Department of Revenue

Tim Collier, Abgeordneter von Stadt, County (Bezirk) oder Distrikt

Argumente für Ballot Measure 113

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#)

Argumente gegen Ballot Measure 111

Es wurden keine übersetzten Argumente gegen das Measure eingereicht.

Measure 114

Erfordert eine Genehmigung zum Erlangen von Schusswaffen; Polizei führt eine Datenbank über Genehmigungen/Schusswaffen; untersagt bestimmte Munitionsmagazine unter Androhung strafrechtlicher Konsequenzen

Ergebnis einer Abstimmung mit „Ja“: Bei einer Abstimmung mit „Ja“ werden eine Leumundsprüfung, Sicherheitsschulung und die Entrichtung einer Gebühr für eine Genehmigung zum Erlangen von Schusswaffen erforderlich; die bundesstaatliche Polizei führt eine neue Datenbank über Genehmigungen/Schusswaffen; bestimmte Munitionsmagazine werden strafrechtlich untersagt.

Ergebnis einer Abstimmung mit „Nein“: Bei einer Abstimmung mit „Nein“ gelten weiterhin die derzeitigen Gesetze: der Verkäufer/die übertragende Person muss eine Vorstrafenprüfung durchführen; eine Genehmigung und ein Sicherheitskurs ist nicht vorgeschrieben; es gelten keine Einschränkungen zur Magazinkapazität.

Zusammenfassung: Die Gesetze von Oregon gestatten es zurzeit Personen ab 18 Jahren, Schusswaffen zu erlangen (nach Bundesrecht beträgt das Mindestalter für den Kauf bestimmter Handfeuerwaffen 21 Jahre), der Verkäufer/die übertragende Person muss eine Vorstrafenprüfung beantragen. Das Measure erfordert eine Genehmigung der örtlichen Polizeibehörden zum Erlangen einer Schusswaffe; die Person muss eine Gebühr entrichten, einen Lichtbildausweis vorlegen, Fingerabdrücke bereitstellen, eine genehmigte Sicherheitsschulung absolvieren, eine Vorstrafenprüfung bestehen und darf nicht vom Schusswaffenbesitz ausgeschlossen sein; der Polizeibeamte darf die Genehmigung verweigern, wenn er glaubt, dass die betreffende Person für sich selbst oder andere eine Gefahr darstellt. Genehmigung innerhalb von 30 Tagen ausgestellt, gültig für 5 Jahre. Gegen die Verweigerung einer Genehmigung kann Einspruch eingelegt werden. Zum Erlangen einer Schusswaffe muss die Genehmigung vorgelegt und eine Leumundsprüfung bestanden werden. Die bundesstaatliche Polizei erstellt/führt eine Datenbank über Genehmigungen/Schusswaffen. Magazine über 10 Ladungen und Magazine, die für mehr als 10 Ladungen modifiziert werden können, sind untersagt; Ausnahmen für derzeitige Besitzer/Erben. Ausnahmen für Polizeibeamte, Militärmitglieder. Strafrechtliche Konsequenzen. Weitere Bestimmungen.

Measure 114

Erläuternde Erklärung

Dieses Measure ändert das Gesetz über Schusswaffen in Oregon dahingehend, dass (1) eine Sicherheitsschulung und eine Leumundsprüfung erforderlich sind, um eine Genehmigung zum Kauf von Schusswaffen zu erhalten; und (2) die Verwendung, Herstellung, der Verkauf und Kauf von Munitionsmagazinen mit hoher Kapazität generell untersagt wird.

Derzeitige Situation:

- Zum Erlangen von Schusswaffen ist keine Genehmigung erforderlich.
- Leumundsprüfungen sind vorgeschrieben, nach Ablauf einer Frist von drei Tagen können Schusswaffen jedoch verkauft/übertragen werden, bevor die Leumundsprüfung abgeschlossen ist.
- Ausgeschlossene Personen dürfen keine Schusswaffen besitzen, darunter Straftäter, die ein Verbrechen (Felony) begangen haben, bestimmte Angeklagte in Strafprozessen, Personen mit bestimmten befundenen geistigen Erkrankungen und Personen, die Anordnungen wegen häuslicher Gewalt oder extremem Risiko unterliegen.
- Es ist eine Lizenz erforderlich, um eine Handfeuerwaffe verborgen mitzuführen.
- Die bundesstaatliche Polizei ist für die Verfolgung von Leumundsprüfungen zuständig; es sind keine durchsuchbaren Datenbanken für Waffenkäufer/den Waffenbesitz vorgeschrieben; Aufzeichnungen können fünf Jahre lang aufbewahrt werden. Es ist keine Sicherheitsschulung vorgeschrieben, mit Ausnahme von Lizenzen zur Mitführung einer verborgenen Handfeuerwaffe und Jagderlaubnisse für Jugendliche.
- Der Sheriff muss Lizenzen zur Mitführung verborgener Handfeuerwaffen bei einer negativen Leumundsprüfung oder wenn der Antragsteller für sich selbst oder andere eine Gefahr darstellt, ablehnen.
- Es gelten keine Einschränkungen für Schusswaffenmagazine.
- Verstöße durch Verkäufer/übertragende Personen sind Vergehen (Misdemeanors) der Klasse A; wiederholte Verstöße können als Verbrechen (Felony) eingestuft werden.

Situation nach Vorgabe des Measures:

- ist eine Genehmigung erforderlich, um eine Schusswaffe von einem Waffenhändler oder einer Privatperson zu erhalten oder bei einer Waffenausstellung zu kaufen.
- Muss der Antragsteller Folgendes tun, um eine Genehmigung zu erhalten (die fünf Jahre lang gilt):
 - einen zugelassenen Sicherheitskurs absolvieren, einschließlich Durchnahme der einschlägigen Gesetze, sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Verhinderung des Missbrauchs von Schusswaffen, praktischer Unterbeweisstellung der Fähigkeit des Antragstellers zur grundlegenden Handhabung und Anwendung von Schusswaffen; der

Ausbilder muss von einer Polizeibehörde zertifiziert sein.

- eine anfängliche Gebühr (maximal 65 \$) für Fingerabdrücke und die Leumundsprüfung entrichten; für die Verlängerung werden 50 \$ erhoben.
- den Antrag bei der bundesstaatlichen Polizei einreichen, die Regeln für die im Antrag anzugebenden Informationen aufstellt.
- eine Leumundsprüfung bestehen und die Genehmigung zum Besitz einer Schusswaffe erhalten.
- kann die Genehmigung verweigert werden, wenn der Antragsteller für sich selbst oder andere eine Gefahr darstellt.
- wird ein Einspruchsverfahren für abgelehnte, aufgehoben oder nicht verlängerte Genehmigungen eingerichtet.

- ist die bundesstaatliche Polizei verpflichtet, eine elektronisch durchsuchbare Datenbank mit Genehmigungen zu führen.
- meldet die bundesstaatliche Polizei statistische Daten über Genehmigungen; es können andere Informationen gemeldet werden, um zu gewährleisten, dass der Genehmigungsprozess auf „einheitliche und gerechte Weise“ durchgeführt wird.
- ist der Verkauf/die Übertragung einer Schusswaffe an eine Person ohne Genehmigung ein Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A; wiederholte Verstöße können als Verbrechen (Felony) eingestuft werden.
- stellt der Besitz einer Schusswaffe ohne Genehmigung an sich noch keine Straftat dar. „Magazine mit hoher Kapazität“ sind reguliert:
 - „Magazine mit hoher Kapazität“ umfassen feste/abnehmbare Magazine (oder funktional gleichwertige Vorrichtungen), die „mehr als 10 Ladungen aufnehmen und es dem Schützen ermöglichen, ohne Anhalten zum Nachladen fortwährend zu schießen“.
 - Ausnahmen für Unterhebelrepetierer und dauerhaft geänderte feste Magazine mit maximal 10 Ladungen.
 - 180 Tage nach Inkrafttreten ist die Herstellung, der Verkauf, die Nutzung oder der Besitz von Magazinen mit hoher Kapazität ein Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A:
 - Ausnahme für Polizei und Militärangehörige während des Dienstes; und
 - Personen, die Magazine mit hoher Kapazität besitzen oder später erben, sofern diese auf dem Gelände des Besitzers, in Schießständen/bei Wettbewerben, zur Jagd unter Einhaltung der einschlägigen Vorschriften verwendet werden, oder solche Magazine während des Transports an einen zulässigen Ort (sofern separat von der Schusswaffe gesichert) mitführen, haben eine Einrede.
 - ist es jederzeit möglich, eine Strafbarkeit zu vermeiden, indem Magazine mit hoher Kapazität im Rahmen eines von der Polizei zugelassenen Rückkauf- oder Rückgabeprogramms abgegeben werden, vorausgesetzt, dass keine Anklage anhängig ist.

HK Kahng
 Elizabeth McKanna
 Margaret Olney
 Leonard Williamson*
 Lynn Nakamoto

*Mitglied stimmte dagegen

Measure 114

Geschätzte finanzielle Auswirkungen

Es liegt in der Absicht des Measures, dass Einnahmen durch Genehmigungen die administrativen Kosten decken. Die Kostenschätzungen im Zusammenhang mit dem Measure wurden von der bundesstaatlichen und den Kommunalregierungen erhalten. Es besteht jedoch Ungewissheit über die zugrundeliegenden Annahmen im Zusammenhang mit den angestellten Schätzungen, darunter die Prognosen über die Anzahl der Genehmigungsanträge, die Einnahmen im Zusammenhang mit diesen Genehmigungen und anderen damit verbundenen Kosten. Außerdem besteht Ungewissheit über potenzielle Kosteneinsparungen für die bundesstaatliche und die Kommunalregierungen aufgrund einer erwarteten Verringerung der Verletzungen und Todesfälle im Zusammenhang mit Schusswaffen. Aus diesem Grund ist die finanzielle Auswirkung von Measure 114 ungewiss.

Shemia Fagan, Secretary of State

Tobias Read, State Treasurer

Katy Coba, Director, Department of Administrative Services

Betsy Imholt, Director, Department of Revenue

Tim Collier, Abgeordneter von Stadt, County (Bezirk) oder Distrikt

Hauptwahl am 8. November 2022

Measure 114

GESCHÄTZTE AUSWIRKUNGEN AUF ETHNISCHE GRUPPEN

Die Oregon Criminal Justice Commission (Strafrechtskommission von Oregon, CJC) hat von einem Mitglied der gesetzgebenden Versammlung von jeder großen politischen Partei einen Antrag auf eine Erklärung der Auswirkungen auf ethnische Gruppen gemäß ORS 137.685 für die Initiative Petition 17 (IP 17) namens „Reduction of Gun Violence Act“ (Gesetz zur Reduzierung von Schusswaffengewalt) erhalten. Wie gemäß ORS 137.685 vorgeschrieben, muss diese Erklärung die möglichen Auswirkungen des vorgeschlagenen Measures auf die Population der Straftäter aufgrund der Änderungen an den in IP 17 beschriebenen Straftaten enthalten. IP 17 umfasst mehrere Komponenten, die voraussichtlich keine Auswirkung auf die Population der Straftäter speziell haben werden, und diese Erklärung enthält keine Schätzung der Auswirkungen dieser Komponenten auf ethnische Gruppen.

SECTION 6

Section 6 ändert ORS 166.412 ab, indem sie eine Genehmigung für alle Käufe von lizenzierten Waffenhändlern vorschreibt, und begründet ein neues Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A für „den wissentlichen Verkauf oder die wissentlich Übertragung einer Schutzwaffe an einen Käufer oder Empfänger, der keine gültige Genehmigung zum Kauf einer Schusswaffe besitzt, ... oder vor Erhalt einer eindeutigen Genehmigungsnummer vom Ministerium basierend auf einer Vorstrafenprüfung ...“ (Section 6(14)).

Das National Instant Criminal Background Check System (NICS) liefert Daten über die Anzahl der durchgeführten Leumundsprüfungen für Schusswaffen nach Bundesstaat. Im Jahr 2021 wurden in Oregon 454.133 Leumundsprüfungen für 338.330 Schusswaffenübertragungen beantragt (aus unterschiedlichen Gründen kann eine Schusswaffenübertragung mit mehreren Anträgen für Leumundsprüfungen verbunden sein, zum Beispiel ATF Neuabfrageanträge nach 30 Tagen und Korrekturen am Namen oder anderen Kenndaten). Diese Daten wurden der CJC jedoch nicht mit Angaben nach ethnischer Herkunft zu Analysezwecken zur Verfügung gestellt, und die CJC ist nicht in der Lage, die geschätzten Auswirkungen dieser Section festzustellen.

SECTION 7

Section 7 ändert ORS 166.435 ab, indem sie eine Genehmigung zum Kauf aller privaten Schusswaffenübertragungen vorschreibt. Verstöße gegen ORS 166.435 sind ein Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A, außer wenn die betreffende Person, die die Missachtung begangen hat, zum Zeitpunkt des Verstoßes bereits zuvor wegen einer Verletzung von 166.435 verurteilt wurde. Bei Personen, mit einer früheren Verurteilung wegen einer Verletzung von 166.435 stellt der Verstoß ein Verbrechen (Felony) der Klasse B dar.

Tabelle 1. Verurteilungen wegen
Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A
gemäß ORS 166.435, 2017-2021

Asiatisch	0	Die CJC fragte Daten über Verhaftungen und Verurteilungen für Verstöße gegen 166.435 ab. Es konnten keine Aufzeichnungen über Verhaftungen ausfindig gemacht werden. Es wurden jedoch Aufzeichnungen über strafrechtliche Verurteilungen gefunden, die in Tabelle 1 angegeben werden. Seit 2017, dem Jahr, in dem die erste Verurteilung im
Schwarz	1	
Latinx	0	
Ureinwohner Amerikas	0	
Weiß	22	
<u>Gesamt</u>	<u>23</u>	

Zusammenhang mit 166.435 erging, wurden insgesamt 23 Personen wegen eines Vergehens (Misdemeanor) der Klasse A wegen dieses Verstoßes verurteilt. Es wurden keine Verurteilungen als Verbrechen (Felony) der Klasse B wegen Verstößen gegen ORS 166.435 ausfindig gemacht. Die CJC ist nicht in der Lage, Prognosen über die Anzahl der zukünftigen Verstöße gegen diese Section im Zusammenhang mit den ein IP 17 erwogenen Änderungen anzustellen, und ist zudem nicht in der Lage, Prognosen in Bezug auf die ethnische Zusammensetzung der Personengruppe anzustellen, die wegen Verstößen gegen 166.435 voraussichtlich verhaftet oder verurteilt werden, falls IP 17 zum Gesetz wird.

SECTIONS 8 UND 9

Section 8 ändert ORS 166.436 ab, indem sie eine Genehmigung für Schusswaffenübertragungen bei Waffenausstellungen vorschreibt. Section 9 ändert ORS 166.438 und besagt, dass, wenn die übertragende Person *zum Zeitpunkt der Zuwiderhandlung* zuvor mindestens zweimal wegen dieser Straftat verurteilt wurde, diese Person ein Verbrechen (Felony) der Klasse C begangen hat; wenn die Person zuvor nicht bereits mindestens zweimal wegen Missachtung dieser Anforderungen verurteilt wurde, hat die Person ein Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A begangen.

Die CJC hat Daten über Verhaftungen und Verurteilungen wegen Verstößen gegen ORS 166.438 abgerufen und festgestellt, dass keine Aufzeichnungen zu Verhaftungen oder Verurteilungen wegen dieser Straftat vorhanden sind.

SECTION 11

Section 11 begründet eine neue Straftat, die ein Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A ist, für den/die „[g]esetzwidrige(n) Herstellung, Einfuhr, Besitz, Nutzung, Kauf, Verkauf oder anderweitige Übertragung von Magazinen mit hoher Kapazität...“ (Section 11(6)). Da es sich hier um eine neue Straftat handelt, ist die CJC nicht in der Lage, die Auswirkung dieser Section abzuschätzen.

VERURTEILUNG

Gemäß ORS 161.615 beträgt die maximale Haftstrafe für ein Vergehen (Misdemeanor) der Klasse A 364 Tage Haft in einem lokalen Gefängnis. Gemäß ORS 161.605 beträgt die maximale Haftstrafe für ein Verbrechen (Felony) der Klasse C 5 Jahre und für ein Verbrechen (Felony) der Klasse B 10 Jahre.

METHODOLOGIE

Aus dem Law Enforcement Data System (LEDS), das Daten über sämtliche Verhaftungen mit Fingerabdruck enthält, wurden Verhaftungsdaten abgefragt. Die gemeldeten Verhaftungsdaten umfassen Verhaftungen mit mindestens einer Anklage aufgrund der genannten Gesetze. Es ist möglich, dass mit einer Verhaftung auch andere Straftaten verbunden sind, diese Informationen sind jedoch in dieser Erklärung nicht angegeben.

Die Verurteilungsdaten wurden aus dem Odyssey-System des Justizministeriums von Oregon und dem eCourt-Datensystem von Oregon abgerufen, die Verurteilungen wegen Verbrechen (Felonies) und Vergehen (Misdemeanors) an Bezirksgerichten in Oregon enthalten. Verurteilungen in Stadt- oder Kreisgerichten sind dort nicht enthalten, da diese Gerichte keine Daten an das Justizministerium von Oregon oder die CJC weitergeben. Die gemeldeten Verurteilungsdaten umfassen Fälle mit mindestens einer Anklage aufgrund der genannten Gesetze. Es ist möglich, dass ein einzelner Fall mit weiteren Vorwürfen und Verurteilungen verbunden ist, diese Informationen werden jedoch in dieser Erklärung nicht angegeben.

Argumente für Ballot Measure 114

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#)

Argumente gegen Ballot Measure 114

Um weitere Argumente zu Measures zu lesen, gehen Sie bitte zur [englischsprachigen Wahlbroschüre für Oregon](#).